

Antrag an die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ am 03.12.2024

Österreich muss an Ablehnung des EU-Mercosur-Abkommens festhalten

Angesichts der erheblichen Unterschiede bei den Produktionsstandards und der negativen Auswirkungen auf die europäische Landwirtschaft lehnen Österreich und andere EU-Staaten, wie beispielsweise Frankreich und nun auch Polen das geplante Mercosur-Abkommen ab. Laut Medienberichten soll dieses am 6. Dezember 2024 auf dem Mercosur-Gipfel in Montevideo/ Uruguay unterzeichnet werden.

Besondere Bedenken bestehen hinsichtlich der Umweltauswirkungen, der sozialen Standards und der Wettbewerbsverzerrungen, die durch ungleiche Bedingungen entstehen könnten. Auch die COPA-COGECA (Dachverband der EU-Bauern) warnt seit Jahren vor den negativen Auswirkungen für landwirtschaftliche Betriebe. Neben der Aushöhlung etablierter EU-Standards würde dieses Abkommen auch die Existenzgrundlage vieler europäischer und österreichischer Bauern gefährden.

Im Gegensatz zum geplanten Mercosur-Abkommen muss durch die Anwendung fairer Handelspraktiken bei künftigen Freihandelsabkommen die europäische und österreichische Landwirtschaft gestärkt werden.

In allen zukünftigen EU-Handelsabkommen müssen hohe EU-Agrarproduktionsstandards als Grundvoraussetzung für die Marktöffnung fix verankert werden, um sicherzustellen, dass importierte Produkte den gleichen Qualitätsanforderungen entsprechen wie in der EU hergestellte Produkte.

Zudem sind die Einführung von Einfuhrzöllen und gegebenenfalls Importbeschränkungen erforderlich, um Unterschiede in den Produktionsstandards zwischen EU- und Nicht-EU-Staaten auszugleichen und den fairen Wettbewerb zu fördern.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert die Bundesregierung mit allem Nachdruck auf weiterhin konsequent an der Ablehnung des vorliegenden Entwurfes für ein EU-Mercosur-Abkommen festzuhalten.

